

Hohe NC-Quote an den Hochschulen

Hannover/Bremen. Wer in Niedersachsen oder Bremen studieren will, braucht in vielen Fällen ein gutes Abitur, um einen Studienplatz zu bekommen. In beiden Bundesländern liegt die Anzahl der zulassungsbeschränkten Studiengänge im Wintersemester 2022/23 über dem Bundesdurchschnitt, wie aus einer am Mittwoch veröffentlichten Studie des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) hervorgeht.

Demnach haben etwa die Hälfte aller Studiengänge in Bremen und Niedersachsen einen sogenannten Numerus Clausus (NC). Dieser regelt, wie viele Studierende in einem Semester angenommen werden können und welche Zugangsvoraussetzungen sie erfüllen müssen. In Thüringen ist nur etwa jeder fünfte Studiengang zugangsbeschränkt. Am höchsten ist die NC-Quote in Hamburg (65 Prozent).

Bundesweit bleibt der Anteil an zulassungsbeschränkten Studiengängen im Wintersemester 2022/2023 mit 39,7 Prozent stabil (Vorjahr: 40,1 Prozent). Wie die Studie zeigt, sind länderübergreifend rund die Hälfte der Rechts-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialwissenschaften an einen NC gebunden. In den Fächern der Sprach- und Kulturwissenschaften ist es nur jeder vierte Studiengang.

Bremen verzeichnet der Studie zufolge trotz des überdurchschnittlich hohen Werts, gemeinsam mit Berlin, den stärksten Rückgang der Quote um jeweils 4,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dennoch bleibt die Zahl der NC-beschränkten Studiengänge besonders in den Stadtstaaten hoch.

An den niedersächsischen Hochschulen mussten sich Studienbewerberinnen und -bewerber besonders in Göttingen und Osnabrück anstrengen, denn an diesen Standorten haben mehr als die Hälfte aller Studiengänge einen NC. DPA

KLIMAWANDEL

1000 Teilnehmer beim Naturschutzkongress

Hannover. Von der Agrarförderung in der Europäischen Union über die Landnutzung und Biodiversität bis zu den Klima-Konsequenzen für Moore, Wälder und Küsten – das Themenspektrum des größten deutschen Naturschutzkongresses in Hannover ist breit. Rund 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Behörden, Naturschutzverbänden und freiberufliche Experten treffen sich noch bis Sonnabend im Hannover Congress Centrum zum 36. Deutschen Naturschutztag. Dabei stehen vor allem Fragen im Fokus, die sich aus den Folgen des Klimawandels und der Landnutzung ergeben, wie die Organisatoren mitteilen. Im Mittelpunkt stehen bei den Diskussionen Strategien, um auf die drängendsten Probleme zu reagieren. Ein wichtiger Punkt ist dabei, die negativen Auswirkungen auf Biodiversität, Böden, Gewässerhaushalt und Klima so schnell wie möglich zu mindern. Auch die aktuellen Probleme beim raschen Ausbau der erneuerbaren Energien sollen besprochen werden. DPA

AMTSGERICHT

Geldstrafe für Landwirt wegen verhungertes Tiere

Bad Iburg. Wochenlang bekommen mehr als 250 Schweine kein Futter, einige der Tiere in dem Schweinestall fressen am Ende ihre Leidensgenossen auf. Als dieser gravierende Fall von Tierquälerei im vergangenen November im Landkreis Osnabrück bekannt wurde, lebten nur noch vier Schweine in dem Stall. Auch sie waren so geschwächt, dass sie notgetötet werden mussten. Am Mittwoch wurde der verantwortliche Tierhalter, ein studierter Landwirt mit jahrzehntelanger Berufserfahrung, vom Amtsgericht Bad Iburg wegen des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz zu einer Geldstrafe von 9100 Euro verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Tiere seien qualvoll verendet, sagte der Strafrichter. DPA

NIEDERSACHSEN-CHECK: BEFRAGUNG ZU VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

Ohne Auto geht es nicht



Wer im ländlichen Niedersachsen wohnt, hat häufig das Gefühl, im Alltag nicht auf ein Auto verzichten zu können. Das zeigt eine aktuelle Forsa-Umfrage. FOTO: STRATENSCHULTE/DPA

VON KATIA BACKHAUS

Niedersachsen ist ein Autoland und wird auch in Zukunft eines bleiben – davon geht jedenfalls Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) aus. Ebenso fest, wie VW aus Sicht der Politik zu Niedersachsen gehört, gehört das Auto zum Alltag der Menschen im Land. Drei von vier steigen fast täglich oder zumindest mehrmals pro Woche in ihren Wagen. Im Vergleich dazu verschwindend gering ist die Zahl derjenigen, die sich regelmäßig von Bus und Bahn an ihr Ziel bringen lassen. Diese Zahlen stammen aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag niedersächsischer Zeitungsverlage im Vorfeld der Landtagswahl am 9. Oktober.

84 Prozent der Befragten erklären, dass sie seltener oder nie mit dem Zug fahren, was sowohl den Regional- als auch den Fernverkehr betrifft. Und 78 Prozent lassen den öffentlichen Nahverkehr, zum Beispiel den Bus oder die Straßenbahn, links liegen. Oder muss man sagen: Werden von Bus und Bahn links liegen gelassen? Denn vor allem in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern – im WESER-KURIER-Verbreitungsgebiet sind das zum Beispiel Twistringen und Hude – fühlen sich die Menschen in ihrem Alltag auf das Auto an-

gewiesen (85 Prozent). Auch in Städten mit bis zu 100.000 Menschen wie etwa Delmenhorst bestätigen 73 Prozent diese Aussage. Wo die Bevölkerungszahl darüber liegt, geht noch knapp die Hälfte davon aus, im alltäglichen Leben nicht auf den Privatwagen verzichten zu können.

Es ist kein Zufall, dass diese Zahlen so ausfallen. Denn das gern verwendete Symbolbild einer in die Jahre gekommenen Bushaltestelle an einer einsamen Straße, umrahmt von Feldern, bildet die Realität so manchen Ortes ab. Ins Verhältnis zur Einwohnerzahl gesetzt stehen zum Beispiel in der Stadt Oldenburg mehr als achtmal so viele Abfahrten auf dem Fahrplan als in Hude und fast dreimal so viele wie in der Stadt Verden.

Dazu passt, dass viele der Befragten der Ansicht sind, dass die Landesregierung sich zwar genug für die Belange der Autofahrerinnen und -fahrer einsetzt (61 Prozent), aber nicht für den öffentlichen Nahverkehr. In diesem Bereich vermissen 76 Prozent politisches Engagement. Übereinstimmend geben die Menschen mehrheitlich an, dass die Verkehrsinfrastruktur ihrer Heimatgemeinde gut für das Fortkommen mit dem Auto (68 Prozent) ist. Das Nahverkehrsangebot schneidet dahingegen deutlich schlechter ab, nur ein Drittel bewertet es mit gut.

Autoland Niedersachsen, Raserland Nie-

dersachsen? Anfang des Jahres kamen erneut Diskussionen um ein Tempolimit auf, nachdem ein Millionär in einem Sportwagen mit mehr als 400 Kilometern pro Stunde über die A2 gerauscht war und ein Video davon ins Internet gestellt hatte. Auch Ministerpräsident Weil forderte damals eine gesetzliche Maximalgeschwindigkeit.

Tempolimit auf der Autobahn

Eine Mehrheit stimmt ihm laut Forsa-Umfrage zu: Insgesamt wünschen sich 58 Prozent der Befragten ein Tempolimit, die meisten würden es bei 130 Kilometern pro Stunde ansetzen. Vor allem Frauen sind für eine Drosselung, zwei von drei weiblichen Befragten sprechen sich dafür aus. Bei den Männern ist es jeder Zweite. Außerdem ist auffällig, dass die Ü-60-Befragten eine Maximalgeschwindigkeit stärker befürworten (69 Prozent) als Jüngere (18- bis 44-Jährige: 50

Prozent, 45- bis 59-Jährige: 57 Prozent). Dass es kein Tempolimit auf deutschen Autobahnen gibt, ist der Ablehnung des Vorstoßes durch Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) geschuldet. Auch bei den Koalitionsverhandlungen im Bund waren es die Liberalen, die sich gegen eine Geschwindigkeitsbeschränkung aussprachen. Tatsächlich spiegeln die Umfrageergebnisse wider, dass die Partei damit einen Nerv trifft: 62 Prozent der befragten FDP-Anhängerschaft will keine Begrenzung, nur bei der AfD sind es mehr (74 Prozent). Am geringsten ist die Ablehnung unter den Befragten, die mit den Grünen sympathisieren: Von ihnen will nur jeder Zehnte keine festgelegte Höchstgeschwindigkeit.

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hat vom 14. bis 22. Juni insgesamt 2009 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen befragt. **Thema Seite 3**

Neun-Euro-Ticket und Tankrabatt

Wird das Neun-Euro-Ticket die Fahrgewohnheiten der Menschen verändern und sie häufiger an die Haltestelle als in die Garage locken? Vermutlich schon, sagt ein Viertel der Befragten. Vor allem die Altersgruppe 18 bis 29 und Menschen, die vorrangig den öffentlichen Nahverkehr oder das Fahrrad nutzen, glauben an den positiven Effekt. Allerdings hat das Institut auch die Nagelprobe gemacht: Würden die Befragten selbst nach Auslaufen des ver-

günstigten Angebots häufiger in Bus und Bahn steigen? Das bejahten insgesamt nur 13 Prozent.

Dass der Staat mit der Steuersenkung auf Benzin und Diesel in den freien Markt eingegriffen hat, befürwortet eine deutliche Mehrheit. 69 Prozent finden den Tankrabatt gut, wobei Frauen (72 Prozent) dem staatlichen Handeln noch positiver gegenüber stehen als Männer (65 Prozent). **KABK**

Wie Niedersachsen den Nahverkehr stärken will

VON MARC NIEDZOLKA

Niedersachsens Verkehrsminister Bernd Althusmann (CDU) hat sich für die dauerhafte Einführung eines bundesweit gültigen Nahverkehrstickets ausgesprochen. Der Bund solle die Länder in die Lage versetzen, auch nach dem Auslaufen des Neun-Euro-Tickets ein kostengünstiges, deutschlandweites ÖPNV-Ticket anzubieten, sagte der CDU-Politiker in Hannover. Das Neun-Euro-Monatsticket wird nur bis Ende August angeboten.

Althusmann betonte, die Mobilitätswende gelinge nur, wenn die mit dem Neun-Euro-Ticket gewonnenen Neukunden langfristig an den Nahverkehr gebunden würden. Der ÖPNV müsse daher nachhaltig gestärkt werden, damit das Ticket nicht „ein Strohhalm ohne Perspektive“ bleibe.

Die bisherigen Absatz- und Fahrgastzahlen zeigten, dass das günstige Monatsticket gut angenommen werde. Allerdings werde auch deutlich, dass die Infrastruktur an ihre Grenzen stoße. Der Bund sei daher gefragt, die richtigen Schlüsse zu ziehen und etwa die Mittel zu erhöhen, mit denen die Länder Verkehrsleistungen bestellen können.

Die große Nachfrage nach dem Neun-Euro-Ticket bestätigen auch mehrere Verkehrsanbieter in Niedersachsen und Bremen. So hat der Verkehrsverbund GVH der Region Hannover für Juni rund 243.000 Tickets verkauft – zusätzlich zu rund 140.000 Abonnenten, die im Aktionszeitraum automatisch von dem günstigeren Tarif profitie-

ren. Auch für Juli (knapp 37.000) und August (knapp 23.000) hat der GVH schon viele Neun-Euro-Tickets verkauft.

FDP und Grüne sprachen sich am Mittwoch in einer Landtagsdebatte für dauerhaft vergünstigten Nahverkehr im Bundesland aus. Nach Ansicht der Grünen sollten zudem mehr Bahnstrecken in Niedersachsen reak-

tiviert werden. Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) sagte, dass der öffentliche Nahverkehr in der Fläche weiter gestärkt werden müsse. Vor allem in Ballungszentren werde das Neun-Euro-Ticket gut angenommen. Der Tankrabatt sei hingegen keine Erfolgsstory des Bundes.

Angesichts der enorm gestiegenen Energiepreise sieht Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) die Notwendigkeit für weitere Entlastungen. Es könne nicht richtig sein, dass Rentnerinnen und Rentner kein Energiegeld bekämen. Die bisherigen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen könnten nur ein erster Schritt gewesen sein.

Unmittelbar nach der Sommerpause müssten Bund und Länder über Entlastungsmaßnahmen reden. „Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass aus der Energiepreiskrise keine soziale Krise in unserem Land wird.“ Derzeit habe man es mit zwei Krisen zu tun – der Sorge vor einer Energieknappheit und der Sorge vor explodierenden Preisen.

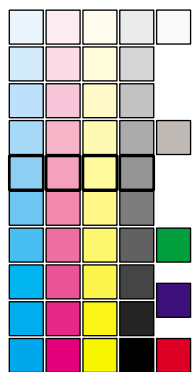
Weil betonte die Notwendigkeit eines Terminals für Flüssigerdgas (LNG). Dadurch könne russisches Gas ersetzt werden. Das LNG-Terminal in Wilhelmshaven soll Ende des Jahres in Betrieb gehen.

NIEDERSACHSEN CHECK



WESER KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.



Seit dem 1. Juni gilt bundesweit im Nahverkehr das Neun-Euro-Ticket. Der niedersächsische Verkehrsminister Bernd Althusmann fordert einen dauerhaft günstigen ÖPNV, damit die Verkehrswende gelingt.

FOTO: MICHAEL MATTHEY/DPA

